

Abstract

Es gibt ein zunehmendes Bewusstsein dafür, dass wir die Grenzen unseres Planeten bereits überschreiten und dass der Klimawandel eine große Herausforderung für unser zukünftiges Wohlbefinden darstellen wird. Zur selben Zeit ist unsere Gesellschaft mit schwerwiegenden sozialen Problemen und Ungleichheiten konfrontiert. Es gibt einen beträchtlichen Körper an Literatur indem es um ökologische und soziale Probleme und potentielle Lösungsansätze geht wie auch Bestrebungen auf seiten der politischen EntscheidungsträgerInnen diese Probleme in Angriff zu nehmen. Ökologischen und soziale Sachverhalte stehen allerdings in einer Wechselwirkung miteinander. Der Wohlfahrtsstaat wie wir ihn kennen basiert auf Wirtschaftswachstum und bis jetzt gibt es keine Hinweise darauf, dass das Wirtschaftswachstum von dem CO₂-Ausstoß abgekoppelt werden kann. Lebensstandards durch soziale Policies zu verbessern, bedeutet zudem auch, es mehr Menschen zu ermöglichen an Aktivitäten, die mit großen negativen Auswirkungen auf die Umwelt assoziiert sind, teilzunehmen. Alles in allem wir die Zerstörung der Umwelt einen negativen Impact auf unser aller Wohlbefinden haben. Allen Strategien globale Armut zu bekämpfen und gleichzeitig der Erderwärmung entgegenzuwirken, müssen daher neue Formen von Umverteilung oder eine Veränderung des Wirtschaftssystems zu Grunde liegen (vgl. Büchs & Koch 2017, Gough 2017).

Zusätzlich gibt es auf globaler wie nationaler Ebene eine extrem hohe Ungleichheit im Bezug auf CO₂-Ausstoß. Im Allgemeinen sind die schutzlosesten und benachteiligten Gruppen für den geringsten Anteil an CO₂ Ausstoß verantwortlich und tragen so am Wenigsten zum Klimawandel bei. Auf der anderen Seite sind es genau diese Gruppen, die tendenziell am meisten unter der Zerstörung der Umwelt leiden. Wissenschaftler sprechen deshalb von einer doppelten Ungerechtigkeit (*double injustice*) (Gough 2017: 75). Das stellt besonders deshalb ein Problem dar, da die Forschung auf potentielle Konflikte zwischen einer grüneren Wirtschaft und dem Streben nach Wohlbefinden für möglichst viele Menschen hindeutet. Policies die auf die Anpassung oder Abschwächung des Klimawandels abzielen, könnten die größten negativen Auswirkungen auf gerade die Menschen haben, die das Wenigste zum Klimawandel beitragen, aber am Meisten darunter leiden. Dadurch wird potentiell eine dreifache Ungerechtigkeit (*triple injustice*) geschaffen (Walker & Burningham 2011: 232). Trotz der Wechselwirkung in der sich soziale und ökologische Sachverhalte zueinander befinden, werden diese meist unabhängig voneinander diskutiert. Das trifft auf den akademischen Diskurs, wie – in noch größerem Maß – auf den öffentlichen/ Policydiskurs zu.

Jana Brandl

Dieses Paper versucht durch das Konzept von Nachhaltiger Wohlfahrt (sustainable welfare) dazu beizutragen der fehlenden Integration dieser beiden Policybereiche entgegenzuwirken.

In einem ersten Schritt wird daher ein Überblick darüber geben, wie menschliches Wohlbefinden in der Literatur diskutiert wird, was es ausmacht und wie man es misst. Dabei wird argumentiert, dass die *Human Needs Theory* einen fruchtbaren Weg darstellen kann, um menschliches Wohlbefinden und Nachhaltigkeit miteinander in Verbindung zu setzen.

Im Anschluss daran wird ein Überblick über die akademische Debatte um nachhaltige Entwicklung gegeben. Hier wird argumentiert, dass der sozialen und ökonomischen Dimension mehr Gewicht als der ökonomischen Dimension zukommen muss, wie beispielsweise in Raworths (2017) „Doughnut Model“.

Nachhaltige Wohlfahrt würde demnach bedeuten den Lebensstandard jedes Menschen auf ein bestimmtes Level anzuheben ohne dabei umweltbedingte Grenzen zu überschreiten. Ich schlage dabei vor, dass obwohl die genaue Definition solcher Grenzen am Besten Gegenstand einer offener Diskussion bleibt, die *Human Needs Theory* und eine *Dual Strategie*, wie Gough (2017) sie vorschlägt vielversprechende Ansatzpunkte bieten.

Der zweite Teil des Papers untersucht die Beziehung eines solchen Konzepts von Nachhaltiger Wohlfahrt und der lokalen Ebene. Hier wird besonders die Rolle urbaner Räume herausgestrichen, wenn es darum geht neue Visionen des „guten Lebens“ zu kreieren und Dienstleistungen und Waren anzubieten, die essentiell für das menschliche Wohlbefinden sind. Hier argumentiere ich, dass durch bottom-up Initiativen und damit einhergehenden Veränderungen in der Denkweise der Menschen die Dominanz der ökonomischen Dimension im Nachhaltigkeitsdiskurs und der Politikgestaltung in Frage gestellt werden kann. Dies könnte weitreichende Konsequenzen für existierende Machtbeziehungen haben. Um allerdings lang anhaltende Effekte zu erzielen, müssen bottom-up und top-down Ansätze zu Nachhaltiger Wohlfahrt kombiniert werden.

Quellen

Büchs, M. & Koch, M. (2017). *Postgrowth and wellbeing: Challenges to sustainable welfare*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Gough, I. (2017). *Heat, greed and human need: Climate change, capitalism and sustainable wellbeing*. Cheltenham: Edward Elgar.

Raworth, K. (2017). *Doughnut economics: Seven ways to think like a 21st-century economist*. London: RH Business Books.

Walker, G. & Burningham, K. (2011). Flood risk, vulnerability and environmental justice: Evidence and evaluation of inequality in a UK context. *Critical Social Policy*, 31(2), 216-240.